

Herrn
Marcel Gabriel-Simon

Antrag auf Vertagung

Es informiert Sie	Annette Sengespeick
Anschrift	Lise-Meitner-Straße 15-25 42119 Wuppertal
Telefon (0202)	563 7491
Fax (0202)	
E-Mail	annette.sengespeick@gmw.wuppertal.de
Datum	08.10.2024
Drucks. Nr.	öffentlich

Zur Sitzung am
10.10.2024

Gremium
Betriebsausschuss Gebäudemanagement

Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunkts Ö6 - Drucks. Nr. VO/0817/24

**„Gründung einer stadteigenen Schul- und Sonderbau Gesellschaft
Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2024“**

Sehr geehrter Herr Gabriel-Simon,

die Arbeitnehmersvertreter und -vertreterinnen des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal beantragen die Vertagung des Tagesordnungspunkts Ö6 - Drucks. Nr. VO/0817/24 auf Dezember 2025.

Begründung:

Die Umstrukturierung des Gebäudemanagements wurde erst zum 01. April 2024 vollzogen. Die Prozesse für die Auftragsabstimmung mit dem Stadtbetrieb Schulen, die Planung und die Ausschreibung sowie die Baudurchführung dauern bekanntlich Jahre, deswegen ist ein Ergebnis zum heutigen Tage noch nicht feststellbar.

In der Begründung der CDU für den Antrag über die Prüfung zur Gründung einer stadteigenen Schul- und Sonderbaugesellschaft sind, die Herausforderungen beim Bau und der Sanierung von kommunalen Gebäuden als immer größer werdende, gewürdigt.

Die Schlussfolgerung, dass die Gründung einer Schul- und Sonderbaugesellschaft diese Herausforderungen minimieren würde, ist überraschend.

Daher wollen wir durch unseren Antrag auf Vertagung dafür Sorge tragen, dass alleine durch die breit angelegte Diskussion darüber, kein Schaden und keine zusätzlichen unnötigen Kosten für das GMW und dadurch für die Stadt Wuppertal entstehen.

Wir geben zu bedenken, dass im Auftrag und unter Begleitung der politischen Gremien und externer Berater das Gebäudemanagement sich auf den Weg gemacht hat, seine Strukturen und Arbeitsabläufe an den heutigen Bedürfnissen für ein modernes Gebäudemanagement anzupassen. Im Zuge des Projektes „Zukunft

GMW“ ist als Aufgabe erkannt, dass die Schnittstellen zu den anderen städtischen Einheiten betrachtet und optimiert werden. Dieser Prozess ist in vollem Gang.

Es wurde zum Beispiel eine neue Abteilung gegründet, die sich nur mit Bauen befasst. In dieser Abteilung wurden zwei eigenständige Teams installiert, die sich ausschließlich mit Schulbau beschäftigen. Weiterhin wurden zum Beispiel notwendige Abstimmungen mit den Kunden erörtert und Entscheidungsprozesse klarer definiert. Zudem wurde bereits vor vielen Jahren die Phase 0 erfolgreich etabliert, die ein wichtiger Baustein in der Bedarfsermittlung darstellt und die Abstimmungsprozesse zwischen Nutzenden, Stadt Betrieb Schulen und dem Gebäudemanagement stärkt. Die langjährige Erfahrung der Beteiligten Ressorts untereinander trägt zu schnellen Ergebnissen bei und führt zu Effizienz sowie Zeitersparnis im gesamten Prozess. Diese Verfahrensweise muss in einer Schul- und Sonderbaugesellschaft zunächst aufgebaut und etabliert werden, was unter Umständen mehrere Jahre dauern kann.

Noch bevor die Umorganisation des GMWs abgeschlossen ist und eine Evaluierung erfolgen konnte, werden bereits unabhängig vom Stand dieses Projektes Ideen aus anderen Kommunen aufgegriffen. Das Zeichen, das damit an die Belegschaft des Gebäudemanagements gesetzt wird, zeugt nicht von Verlässlichkeit und Vertrauen.

Im Übrigen werden für alle Prüfaufträge auch immer wieder Ressourcen gebunden, die wir als Stadtgesellschaft besser in konkrete Projekte in unserer Stadt investieren könnten.

Wir können nicht nachvollziehen, weshalb etwas „Neues“ unter ähnlichen Rahmenbedingungen erfolgversprechender sein soll, als der durch das GMW beschrittene Weg der Umorganisation. Die bestehenden Probleme werden zwangsläufig auch in eine neue Organisationsform mitgenommen.

Doch welches sind die Probleme mit denen wir und im Übrigen alle Bauschaffenden im öffentlichen Bereich zu kämpfen haben?

Es wird suggeriert, dass durch eine Schul- und Sonderbaugesellschaft Baugenehmigungen schneller erteilt werden können. Doch wie soll das funktionieren, da weder das GMW noch die Schul- und Sonderbaugesellschaft sich die Baugenehmigungen selbst ausstellt. Durch die Gründung einer Schul- und Sonderbaugesellschaft werden der Bauordnung nicht mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Auch ein weiterer hämmernder Faktor zur Beschleunigung von Bauprojekten im öffentlichen Bereich ist das Vergaberecht. Durch die Gründung einer stadteigenen Schul- und Sonderbaugesellschaft wird das Vergaberecht nicht ausgehebelt.

Wenn Sie Möglichkeiten der Beschleunigung unserer stadtinternen Prozesse sehen, dann machen Sie diese bitte für uns als Beschäftigte des Gebäudemanagements nutzbar.

Hinweis: Die Absicht des Antrags der CDU, das Personal des GMW zu entlasten, finden wir sehr gut. Wenn man kurzfristig mehrere zusätzliche Projekte angehen möchte, könnte man dies durch Personalverstärkung des GMWs ebenso erreichen. Hierzu ist die Gründung einer Schul- und Sonderbaugesellschaft nicht erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Sengespeick, Simone Göbbel, Monika Kemper, Alfred Hülsbusch, Oliver Brod